

U1

Beschlossen mit 18 Stimmen (einstimmig)

CCS- und CCR behindern einen nachhaltig orientierten ökologisch Fortschritt

Die Braunschweiger Jungsozialistinnen und Jungsozialisten mögen folgenden Antrag beschließen. Damit wird der Absatz "Neue Vorschläge seitens der Kohle-Lobbyisten zur Abscheidung und Speicherung von CO₂ lehnen wir auf Basis des Prinzips der Nachhaltigkeit ab. Eine CO₂-Abscheidung und -Speicherung zur Minimierung des freigesetzten CO₂-Menge würde die wahren Ursachen des Problems nicht beheben sondern überdecken!" in Kapitel 3.3.5.3 im bisherigen Beschluss "Nachhaltige Ökologie im 21. Jahrhundert - Umwelt, Energie und Mobilität als sozialistische Herausforderung für unsere Zukunft" durch den neuen Beschluss ersetzt.

Die SPD Niedersachsen hat in Ihrer Regierungszeit bis im Jahre 2003 den Weg weg vom Fossilen Zeitalter hin zum Zeitalter der erneuerbaren Energien in Niedersachsen eingeschlagen. Nun gilt es, diesen konsequent umzusetzen!

In den letzten Jahren hat die Klimaschutzdebatte um eine Senkung der weltweiten CO₂-Emissionen an Bedeutung gewonnen. Wir begrüßen deshalb ausdrücklich die europaweit vereinbarte CO₂-Reduktion um 30 Prozent bis 2030 und eine weitere Reduktion um 60 bis 80 Prozent bis 2050 im Vergleich zum Referenzjahr 1990. Dies ist unserer Meinung nach alternativlos und notwendig.

In der aktuellen öffentlichen Debatte werden die Technologien von CCS (Abscheidung und Speicherung von Kohlenstoffdioxid) sowie CCR (Abscheidung und Recycling, d.h. Wiederverwendung von Kohlenstoffdioxid) als Heilbringer für die CO₂-Reduktion gepriesen. Dennoch tragen sowohl die CCS- als auch die CCR-Technologie nicht zu einer Reduzierung des Verbrauchs an fossilen Rohstoffen zur Energiegewinnung bei, sondern bestenfalls wird die Emission von CO₂ in die Atmosphäre verringert. Somit wird die Ursache des

Problems, also die CO₂-Produktion bei der Energieerzeugung, durch das CCS- und CCR-Technologie nicht gelöst sondern verschleiert. Wir befürchten, dass das CCS- und CCR-Prinzip ein Hemmnis sein wird, die festgesteckten Ausbauziele für erneuerbare Energien zu erreichen.

Deshalb fordern die Braunschweiger JungsozialistInnen:

1. Die Braunschweiger JungsozialistInnen lehnen grundsätzlich das von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzesvorschlag zur Abscheidung und Speicherung von CO₂ auf Basis des Prinzips der ökologischen Nachhaltigkeit ab. Eine CO₂-Abscheidung und -Speicherung wird die Ursachen des Problems nicht beheben sondern überdecken! Grundsätzlich muss es um ein Prinzip der CO₂-Vermeidung sowie der Steigerung der Energieeffizienz gehen und nicht darum, den hohen CO₂-Verbrauch durch Scheinlösungen zu verdecken. Weiter beschränkt sich der Gesetzesvorschlag nicht auf klar abgrenzbare Demonstrationsvorhaben sondern ermöglicht de facto den großflächigen Einsatz der CCS- und CCR-Technologie.
2. Wir wollen keine Demonstrationsanlage in Niedersachsen. Für die Braunschweiger JungsozialistInnen sind die Risiken, die einerseits mit einer CCS- und CCR-Erprobung und andererseits mit dem großflächigen Einsatz (laut Gesetzesvorlage) verbunden sind, zu wenig erforscht und unzureichend kalkulierbar, was auch für die Testphase gilt. Beispielsweise ist die Haftungsfrage für Schäden an Grundeigentum und etwaige Einspruchsmöglichkeiten der Gebietskörperschaften ungeklärt.
3. Für die Braunschweiger JungsozialistInnen ist die Alternative längst klar: Neben der Steigerung der Energieeffizienz sowie einer Reduzierung des Energieverbrauchs müssen wir vermehrt in den Markt erneuerbarer und neuer Technologien investieren, um einen ökologischen, perspektivischen und sozial verträglichen Ausstieg aus dem atomaren und fossilen Zeitalter einzuleiten.
4. Die JungsozialistInnen Braunschweig bekennen sich klar zum Industriestandort Niedersachsen, der im Bereich der Forschung sowie im technologischen und industriellen Fortschritt bundesweit einen Spitzenwert einnimmt. Investitionen in Innovationen im Bereich alternativer und ressourcensparender Produktionsprozesse sowie in die Energieeffizienzsteigerungen im Netz, bei der Energieerzeugung sowie bei Energieverbrauchern müs-

sen getätigt werden, um eine CO₂-Vermeidung zu erwirken. Ein Förderschwerpunkt muss dabei bei Energieintensiven Industriezweigen liegen. Gleichzeitig setzen wir auf eine Selbstverpflichtung von Industrie, Handwerk und Gewerbe, Konzepte zur Reduktion der CO₂-Emissionen einzusetzen.

5. Die JungsozialistInnen Braunschweig bekennen sich zu dem Ziel, die fossilen Energieträger durch erneuerbare Energien zu ersetzen. Bundesweit wird etwa die Hälfte des Stroms aus Stein- oder Braunkohle gewonnen. Hierzu brauchen wir – wie bei der Atomkraft – perspektivisch eine verbindlich gesetzlich geregelte und ökologisch und ökonomisch vertretbare Restlaufzeit für die Verbrennung fossiler Rohstoffe – wie Stein- und Braunkohle sowie Erdöl und -gas – zur Energiegewinnung.

6. Die Braunschweiger JungsozialistInnen sind sich der Tatsache bewusst, dass die Verbrennung fossiler Rohstoffe für einen Überbrückungszeitraum weiterhin unverzichtbar sein wird. Dennoch müssen in dieser Überbrückungszeit in Zukunft alle neuen genehmigten Stein- und Braunkohlekraftwerke in Kombination mit Kraft-Wärme-Kopplung gebaut sowie ältere Kraftwerke auf Kraft-Wärme-Kopplung umgerüstet werden, um den Wirkungsgrad dieser Technologie zu erhöhen.

Eine Neubau von Kraftwerken zum Ersatz von alten ineffizienten Kraftwerken oder zur Abdeckung des Energiebedarfs in der Übergangszeit muss den höchsten Effizienzanforderungen entsprechen. Dafür sind auch hocheffiziente Gas/Dampfkraftwerke in Kombination mit Kraft-Wärme-Kopplung geeignet.